

Vorschläge für ein Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur Integration

Gelingende Integration als Basis für soziale Balance und wirtschaftlichen Erfolg ist eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre für Politik und Gesellschaft.

Aus diesem Grund haben Arbeiterkammer, Caritas, Diakonie, Gewerkschaftsbund, Hilfswerk, Industriellenvereinigung, Landwirtschaftskammer Österreich, Rotes Kreuz, Wirtschaftskammer und Volkshilfe gemeinsam ein Konsenspapier mit Prioritäten für ein Maßnahmenpaket der Bundesregierung erarbeitet:

Bildung

1. Sprache ist die wesentliche Grundlage für Verständigung, aber auch Voraussetzung für schulischen Erfolg und beruflichen Aufstieg. Wir erachten daher einen Ausbau der Förderung beim Erwerb der deutschen Sprache ab dem Kindergarten für notwendig. Da eine profunde Kenntnis der Muttersprache die wesentliche Voraussetzung für den gelungenen Erwerb einer neuen Sprache darstellt, bedarf es auch der Einführung von muttersprachlicher Sprachförderung bereits im Kindergarten bzw. der Vorschule. Die Sprachförderung soll in der Volksschule mit dem Ziel einer nachhaltigen Alphabetisierung (Wort und Schrift) ausgeweitet werden.
2. Die wesentliche Grundlage für den Bildungserfolg und damit auch die Zukunftschancen am Arbeitsmarkt wird bereits im Kindesalter gelegt. Zur Vorbereitung eines erfolgreichen Schuleintritts für alle Kinder regen wir die Einführung eines verpflichtenden, kostenfreien letzten Kindergartenjahres bzw. eines verpflichtenden Vorschuljahres an.
3. Die Schule stellt für viele Eltern mit Migrationshintergrund eine positiven Andockpunkt für eigene Bildungsmaßnahmen dar. Wir schlagen daher den Auf- und Ausbau von speziellen erwachsenengerechten Bildungsangeboten in Kooperation mit Trägern der Erwachsenenbildung (insbesondere für den Spracherwerb) über Schulstandorte vor.
4. Das Wissen über Schulformen und Bildungswege, sowie über mögliche Berufsausbildungen und deren Karrierechancen ist wesentliche Grundlage für eine gezielte und erfolgreiche Bildungskarriere. Wir empfehlen daher den verpflichtenden Auf- und Ausbau von professioneller Bildungs- und Berufsberatung ab der Volksschule.
5. Der Schulerfolg im österreichischen Bildungssystem hängt stark vom außerschulischen Engagement und den finanziellen und bildungsmäßigen Möglichkeiten der Familien ab. Nicht immer sind diese Voraussetzungen vorhanden. Wir treten daher im Sinne der Chancengleichheit für alle Kinder für den Ausbau von Angeboten einer qualitativ hochwertigen und pädagogisch strukturierten Ganztagesbetreuung und von Ganztageschulen mit gezielten Förderungsprogrammen außerhalb der Unterrichtszeiten ein.

6. Menschen mit Migrationshintergrund sind in den pädagogischen Berufen derzeit in besonders geringem Ausmaß vertreten. Um positive Rollenvorbilder und einen besseren Zugang zu Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und ihren spezifischen Themen und Problemen zu finden, sollten gezielt Menschen mit Migrationshintergrund für pädagogische Berufe gewonnen werden.

Arbeitsmarkt

7. Das AMS ist die zentrale Institution für Maßnahmen zur Unterstützung von Menschen mit migrationsbedingten Problemen bei der Arbeitsmarktintegration. Wir regen daher die stärkere Berücksichtigung von Personen mit Migrationshintergrund in den arbeitsmarktpolitischen Zielen des AMS (mainstreaming) und die entsprechenden Ressourcen, um den daraus erwachsenden zusätzlichen Anforderungen gerecht werden zu können, an. Eine stärkere Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund als BeraterInnen im AMS wäre empfehlenswert.
8. MigrantInnen bringen vielfach Fähigkeiten und Ausbildungen mit, die nur unzureichend in Österreich anerkannt werden. Wir sehen daher die Notwendigkeit eines Ausbaus von Maßnahmen zur Unterstützung bei der Anerkennung etwa durch eine Kompetenzbilanz und gezielte Maßnahmen der Aufschulung bei Anerkennung von Teilqualifikationen, sowie der Erleichterung von Nostrifizierungen.
9. Angebote von Deutschkursen sollten qualifikations- und beschäftigungsrelevante Inhalte haben, um unmittelbar praktisch umgesetzt zu werden.

Gemeinwesen

10. Besonders für im Rahmen des Familiennachzugs kommende Angehörige braucht es niederschwellige Service- und Beratungsstellen, die konkrete Unterstützung und Integrationsmaßnahmen anbieten.
11. Soziale Integration erfolgt im unmittelbaren Lebensbereich. Wir regen daher die Erarbeitung regionaler Integrationskonzepte an. Ausgehend von diesen sollte gezielte Stadtteilarbeit und Gemeindefarbeit vorrangig in Regionen mit hohem Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Wohnbevölkerung einsetzen.
12. In Österreich bemühen sich viele Initiativen der Zivilgesellschaft gruppenübergreifend um Integration verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Um diese wichtigen Beiträge zum Zusammenleben nachhaltig weiterzuentwickeln, bedarf es der Schaffung und Dotierung von Förderinstrumenten gemeinsam mit Ländern und Gemeinden.

Bewusstseinsbildung

13. Medien spielen eine zentrale Rolle in der Vermittlung und Deutung gesellschaftlicher Entwicklungen. Wir regen daher in den Medienunternehmen - insbesondere im öffentlich rechtlichen Bereich - eine gezielte Förderung (Ausbildung, Personalentwicklung) von Menschen mit Migrationshintergrund an.
14. Vorbilder sind Orientierungspunkte in einer Gesellschaft für junge Menschen. Role-Models, die einen erfolgreichen und für sich je positiven Umgang mit mehreren Identitäten vorleben, sollen in besonderer Weise in allen wesentlichen Bereichen des öffentlichen Lebens (Politik, Bildung, etc.) gefördert und auch medial sichtbar und hörbar werden. Dazu gehört insbesondere auch die verstärkte Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung.
15. Österreich ist seit vielen Jahrzehnten mit Zuwanderung konfrontiert. Um einen positiven Umgang mit dieser Realität zu fördern, sollen langfristige und nachhaltige Initiativen zur Bewusstseinsbildung, Information und Dialog befördert werden.

Politische Koordination

16. Integration als Querschnittsmaterie bedarf einer klaren politischen und bereichsübergreifenden Verantwortung und Steuerung. Wir regen daher die Etablierung einer permanenten überministeriellen Kommission für Migration und Integration aus hochrangigen ExpertInnen mit einer entsprechenden Geschäftsstelle zur laufenden Konzeptionierung und Koordinierung einer systematischen und kohärenten Politik in diesem sich immer wieder stark verändernden Politikfeld an. Außerdem schlagen wir die Schaffung von Integrationsbeauftragten in Ländern und Gemeinden vor

Über diese hier angeführten Punkte, die vom gemeinsamen Konsens getragen werden, hinaus gibt es weitere Themenfelder, die sich in den umfassenden Stellungnahmen der einzelnen Institutionen wieder finden. Nach Verabschiedung eines Maßnahmenpakets zum engeren Bereich der Integration durch die Bundesregierung sollte unmittelbar die Weiterarbeit an einer umfassenden und differenzierten Politik für das gesamte Feld der Migration, Integration und des Asylbereichs samt der davon umfassten Rechtsmaterien erfolgen.

